

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zig.-Kat. No. 3573) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 25. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Telefon: Amt III, 5246. Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz. Redaktionsschluss: Sonnabend.

Insertion.

Für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Inhalt.

Hauptteil: Bekanntmachungen. Internationale Verbindungen des Unternehmertums. Rundschau. Politische Monatsschau. Der Rechtsbegriff als Waffe im Emanzipationskampfe, IV. Die Kompression der Arbeitsstunde. Aus der Reichsversicherungskommission, XVII. Adressenänderungen. — **Allgemeines:** Frankfurter Lockrufe, III. Das Berliner Festbuch im Spiegel der Presse. Brief aus Schöna in Böhmen. Ortsberichte: Altwasser, Saalfeld. — **Der Steindrucker:** Lohndrückende Schutzverbändler. — **Die photomech. Fächer:** Aus den Sektionen: Dresden, Leipzig. — **Photogr. Mitarbeiter:** Fort mit der Gleichgültigkeit! — **Die Tapetenbranche:** Ein neuer Zankapfel. — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

Um Angabe der Adressen

des Lithographen Richard Minx aus Cöslin und des Steindruckers Franz Wiegenhagen aus Frankfurt a. Main bittet
Der Hauptvorstand.

Internationale Verbindungen des Unternehmertums.

Dasselbe Unternehmertum, das den internationalen Geist der modernen Arbeiterbewegung als antinational in Verruf zu bringen und die Arbeiterschaft durch Gründung »patriotischer« und »nationaler« Arbeitervereine vor diesem Geist zu bewahren und ihrem (Stief-)Vaterlande zurückzugewinnen versucht, pfeift für seinen Teil lustig auf die patriotische und nationale Phraseologie und fängt ebenfalls energisch an, internationale Unternehmerverbindungen anzuknüpfen. Das ist ganz natürlich; denn wie Christentum und Religion von den Ausbeutern nur als Mittel zum Zweck der Niederhaltung der Ausgebeuteten benutzt werden, während erstere selbst höchstens christlichen Sinn und Religiosität heucheln, so verfährt man auch mit der Vaterlandsliebe. Man fordert sie von den Massen der Entrechteten und predigt sie ihnen als eine schöne, edle und erhabene Sache, um diese Massen stets opferbereit zu erhalten, während man selbst die gepriesene Tugend höchstens solange übt, als sie gewinnbringend und in klingende Münze umsetzbar ist. Im übrigen ist der Kapitalismus an sich von Anbeginn an international. Ferner gleicht sich das Unternehmertum der verschiedenen Länder wie ein Ei dem andern. Wer wollte sich also angesichts dieser Tatsachen wundern, wenn sich die Unternehmer und ihre Organisationen auch zur gemeinsamen Wahrung ihrer Ausbeuterprivilegien und zur internationalen Niederhaltung des Proletariats über die Grenzpfähle hinweg die Hände reichen und internationale Vereinigungen schaffen?

Den Anfang in dieser Entwicklung der Unternehmerorganisationen machte im vorigen Jahre das Seeschiffahrtsunternehmertum. Am 27. Oktober 1909 wurde nach mehrmonatigen Vorbereitungen der internationale Bund der Schiffseigentümer unter dem Namen »Internationale Schiffsahrtsvereinigung« endgültig konstituiert. Dem Bunde schlossen sich sofort die in England, Deutschland, Schweden, Dänemark und Holland bestehenden Reederverbände an. Wahrscheinlich sind inzwischen auch die Landes-

organisationen der Reeder von Frankreich und Norwegen dieser Unternehmerinternationale beigetreten, die schon ohne diese beiden Landesverbände eine Tonnage von sechzehn bis sieben Millionen repräsentierte. Auch die Reeder der anderen Länder hofft man für die Internationale zu gewinnen, sobald sie zu diesem Zwecke einzelstaatliche Verbände gegründet haben. Ueber die Aufgaben dieser »Internationalen Schiffsahrtsvereinigung« schrieb gleich nach ihrer Begründung der Schleifstein des Freiherrn von Reiswitz, die *Deutsche Arbeiterzeitung*:

»Der Internationale Bund ist zu dem Zweck ins Leben gerufen, im Falle von Arbeitsstreitigkeiten die Schiffseigentümer und die Schiffsahrt im allgemeinen zu schützen und die Beladung und die Entlohnung der Schiffe bei Streiks und Aussperrungen zu ermöglichen, sowie die Mitglieder des Bundes bei eintretenden Verlusten schadlos zu halten. Der Präsident des englischen Reederverbandes, Dewit, wurde zum Präsidenten des Internationalen Bundes, Herr Leist vom Norddeutschen Lloyd zum Vizepräsidenten gewählt. Geschäftsführender Sekretär des Bundes ist gegenwärtig der geschäftsführende Sekretär des englischen Verbandes.«

Der internationale Reederbund ist also eine ausgesprochene Kampforganisation zur Niederhaltung der seemännischen Arbeiter, in erster Linie gerichtet gegen die organisierte Arbeiterschaft. Die bloße Existenz dieser kräftigen und umfassenden Unternehmerinternationale an sich kann aber auch als eine Bestätigung der Tatsache betrachtet werden, daß die Reeder alle Ursache haben, mit den Organisationen der Seeleute als einem wohl zu beachtenden Faktor bei ihren Kalkulationen zu rechnen.

Nächst den Schiffseigentümern suchten auch die Unternehmer der Handelsgärtnerei einen internationalen Zusammenschluß herbeizuführen, vorläufig allerdings auf einer bedeutend kleineren Grundlage wie ihre großprozentigen Klassengenossen aus der Seeschiffahrt. Am 22. Januar d. J. tagte in Nürnberg die Generalversammlung der »Arbeitgebervereinigung Deutscher Handelsgärtner«, die als einzigen Zweck die Bekämpfung der gewerkschaftlichen Arbeiterbestrebungen verfolgt. An dieser Generalversammlung nahmen auch Vertreter des »Allgemeinen österreichischen Gärtnerverbandes« und des »Schweizerischen Gärtnerverbandes« teil. Schon im Jahre 1907 hatte sich der Meisterverband der Stadt Basel an den Vorstand des deutschen Scharfmacherverbandes im Gärtnereigewerbe mit dem Antrage gewendet, »bei Lohnbewegungen eventuell gemeinschaftlich vorzugehen«, und jedenfalls wurde die erwähnte Generalversammlung dazu benutzt, diesen Plan zur Ausführung zu bringen und den Ring der organisierten Gärtnereibesitzer Deutschlands, Oesterreichs und der Schweiz gleich auf einer internationalen Grundlage zu schließen. Die Statuten der erwähnten drei Landesverbände des Unternehmertums und der schweizerische Antrag vom Jahre 1907 beweisen, daß auch die internationale Verbindung der Gärtnereiuunternehmer nichts anderes als eine gegen die Arbeiterschaft gerichtete Kampforganisation werden soll.

Auch im Baugewerbe sind die Anfänge zu einer internationalen Vereinigung des Unter-

nehmertums zu beobachten. Schon auf der Straßburger Generalversammlung des »Arbeiterbundes für das deutsche Baugewerbe« im Februar d. J. wurde beschlossen, Kartellverträge mit den Unternehmerverbänden der Nachbarstaaten zu schließen und eine zu diesem Zwecke eingesetzte Kommission mit der Initiative zu betrauen, falls aus dem Auslande nicht entsprechende Vorschläge eingehen sollten. Etwa einen Monat später fand dann in Dresden die außerordentliche Generalversammlung der baugewerblichen Unternehmer statt, an der auch eine Reihe ausländischer Unternehmervertreter teilnahmen. Sie suchte die Aufgaben der internationalen Unternehmerverbindungen zum ersten Mal in die Praxis umzusetzen, indem sie mit den anwesenden Vertretern der ausländischen Organisationen im Hinblick auf die geplante Riesenaussperrung der deutschen Bauarbeiter ein Uebereinkommen traf, nach welchem die Aussperrten auch außerhalb der deutschen Landesgrenzen verfolgt werden und unter keinen Umständen im Auslande Beschäftigung erhalten sollten. Wenn trotz dieser ersten praktischen Wirksamkeit einer Unternehmerinternationale die große Aussperrungsaktion im deutschen Baugewerbe mit einem kläglichen Fiasko für die Bauproten endete, so ersieht man daraus, daß auch die Bäume der Unternehmer nicht in den Himmel wachsen, wenn die Wahrung der Arbeiterinteressen in den Händen starker und festgefügter Organisationen liegt.

An der Generalversammlung nahm auch der Vorsitzende des »Schwedischen Arbeitgebervereins«, der von dem vorjährigen schwedischen Riesenkampf zwischen Kapital und Arbeit bekannte Hauptcharfmacher v. Sydow teil, trotzdem er mit der schwedischen Bauunternehmerorganisation nichts zu tun hat, da diese der von ihm vertretenen Unternehmerzentrale nicht angehört. Schon dadurch wächst die Bedeutung der auf der Generalversammlung getroffenen Vereinbarungen über das Baugewerbe hinaus. Tatsächlich fand auch, wie der genannte schwedische Oberscharfmacher in »Stockholms Dagblad« ausplauderte, nach der großen Generalversammlung der Bauunternehmer eine kleinere Zusammenkunft der Vorstände der verschiedenen Unternehmervereine und der fremden Vertreter statt, in der die Folgen eines eventuellen Streiks in Deutschland für die anderen Länder diskutiert wurden. Ferner kam bei der Zusammenkunft der Wunsch zur Geltung, »bei kollektiven Vereinbarungen gleiche Bestimmungen in allen Ländern zu schaffen, in denen Arbeiterorganisationen vorhanden und die Verhältnisse einigermaßen gleichgert sind.«

Diese Ausführungen Sydows lehren, daß nicht nur Anfänge zur internationalen Organisation des Unternehmertums bestimmter Gewerbe oder Industrien vorhanden sind, sondern daß auch bereits der erste Schritt zum Zusammenschluß der Unternehmer aller Länder auf allgemeiner, alle Industriezweige umfassender Grundlage gemacht worden ist. Das internationale Fühlen und Denken des Unternehmertums aller Gewerbe und Industrien trat freilich

Diese Mitteilung ist vor allen ein treffender Beweis für die Zweckmäßigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit, den wir sowohl in den Gewerkschaftskämpfen wie bei der parlamentarischen Behandlung des Achtstundentags gebrauchen können."

Untersuchen wir nun aber das Experiment genauer in seinen kapitalistischen und proletarischen Zusammenhängen.

Der Nutzen für den Kapitalisten ist klar: er bekommt mehr Arbeit in kürzerer Zeit und spart dabei selbstverständlich auch noch Regiekosten, wie Beleuchtung usw. Die Arbeit wird komprimiert, ähnlich wie man Luft komprimiert oder Kohlensäure in einen flüssigen Zustand überführt. Diese komprimierte Arbeitsstunde stellt offenbar einen höheren Wert dar, als die frühere, einfache. Dem Kapitalisten gilt aber die eine Arbeitsstunde wie die andere, er bezahlt den Arbeitern den gleichen Preis, obwohl die Arbeitsleistung größer geworden ist; das bringt ihm einen höheren Profit. Der Kapitalist erzielt also eine Steigerung des Mehrwertes auf einem umgekehrten Wege, als bisher: nicht durch Verlängerung, sondern durch Verkürzung der Arbeitszeit.

Das ist aber nicht die einzige Art, die Leistung der Arbeitsstunde zu komprimieren. Dasselbe Ziel wird erreicht durch besondere Lohnmethoden, wovon die berühmteste der Akkorollon ist, der aber auch seine primitive Form meist bereits aufgegeben hat und in äußerst fein ausgearbeiteten komplizierten Kombinationen auftritt. Dahin gehört auch die Organisation der Aufsicht nebst dem System der Strafen und Belohnungen; diese wird noch ungemein verstärkt durch die automatische Wirkung der Maschinen, deren größere Geschwindigkeit die Arbeiter zu einem schnelleren Arbeitstempo zwingt. Dem zielbewußten Eingreifen des organisierten Proletariats setzt der Kapitalist den wissenschaftlich durchdachten, im Sinne der schärfsten Ausbeutung durchgeführten Betriebsplan entgegen, den fühlenden Menschen — die gefühllose Kombination von Eisen, Dampf, Elektrizität.

Abgesehen von der größeren Produktivität der Arbeit, die sich aus der Anwendung besserer Maschinen ergibt, hat in den Industrieländern in den letzten Jahrzehnten zweifellos eine ganz eminente Steigerung der Intensität der Arbeit stattgefunden. Das sieht man sofort, wenn man die Leistungen der westeuropäischen Industriearbeiter mit denen der rückständigen Länder vergleicht. Es ist eine von der Industrie wohl bekannte und ausgenützte Tatsache, daß der deutsche oder englische Arbeiter an den gleichen Maschinen mehr leistet, als der russische oder chinesische, bezw. daß man weniger Arbeiter braucht, um die gleiche Maschinenzahl zu bedienen; dasselbe ist der Fall beim Vergleich der Leistungen der modernen Arbeiter etwa mit denen der 40er und 50er Jahre. Die Arbeitsstunde von heute ist also eine andere Größe, als früher, sie repräsentiert einen höheren Wert. Das zieht man aber beim Lohn nicht in Betracht. Man verweist auf die Steigerung der Löhne — die übrigens zum größten Teil durch die Teuerung aufgehoben wird — und übersieht, daß die Arbeitsleistung noch mehr gestiegen ist.

Die komprimierte Arbeitsstunde bedeutet aber für den Arbeiter eine Mehrausgabe an Lebenskraft. Wir sehen das auch an dem von uns angeführten Experiment. Die Steigerung der Arbeitsleistung entspringt hier zwei verschiedenen Quellen: erstens der Kürzung der Arbeitszeit, die den Arbeitern mehr Muße gab, um ihre Arbeitskraft zum nächsten Tag aufzufrischen; zweitens aber der Kürzung der Pause, und dieses Moment ist es, worauf in dem Bericht das Schwergewicht gelegt wird. Bei längerer Pause läßt die Arbeitsleistung nach, bei kürzerer bleibt sie gleichmäßig hoch; was bedeutet das? Ein jeder weiß es, der körperliche Anstrengungen, sei es in der Fabrik oder beim Militär, oder im Sport mitgemacht hat. Wie eine Kolonne Soldaten im Laufschrift weiter rennt und kaum einhalten kann, dafür aber später die Leute vor Müdigkeit sich kaum noch auf den Beinen halten, so auch die Arbeiter bei Ausschaltung bzw. Kürzung der Ruhepausen: Die Müdigkeit wird durch Nervenspannung überwunden. Der Arbeiter bezahlt mit seinen Nerven die Rechnung des Kapitalisten.

Die Kompression der Arbeitsstunde komprimiert das Arbeitsalter. Der Arbeiter wird schneller invalide, und zwar aus doppeltem Grunde: erstens weil die Energie, die er im Laufe seines Lebens zu verausgaben hat, schneller verbraucht wird, zweitens weil durch die Kompression der Arbeitsstunde die Fabrik größere Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Arbeiter stellt. Darum erfordert die Intensifizierung der Arbeit vor allem eine Steigerung der Löhne, um den Arbeiter in den Stand zu setzen, durch eine Besserung seiner Lebenshaltung den größeren Energieverbrauch auszugleichen.

Darauf wird aber ebensowenig geachtet, wie z. B. auf den Umstand, daß der Arbeiter, den man den ganzen Tag in der Fabrik eingeschlossen hält, Zeit und Möglichkeiten braucht, frische Luft und Sonnenschein in sich aufzunehmen. Denn im Staat herrscht das Bereicherungsinteresse der Kapitalisten. Das Interesse der arbeitenden Massen und mit ihm das Kulturinteresse zur Herrschaft zu bringen, das ist es, wofür wir kämpfen. *Parvus.*

Aus der Reichsversicherungs-Kommission.

XVII.

Bei der Beratung der Invalidenversicherung in der zweiten Lesung bemühten sich die sozialdemokratischen Abgeordneten, in erster Linie eine Erhöhung der Leistungen herbeizuführen. Da ihre bisherigen Versuche, die einen planmäßigen Ausbau der Versicherung nach dieser Richtung hin erstrebt, abgelehnt waren, so versuchten sie wenigstens bei den wichtigsten Punkten die notwendigen Verbesserungen zu erreichen. In erster Linie kam hier in Betracht die Notlage der Bezieher von Invaliden- und Altersrenten während einer Krankheit. Die Renten sind so gering, daß davon die Rentempfänger unmöglich den verhältnismäßig hohen Betrag für die Krankenversicherung zahlen können. Aus diesem Grunde verlieren sie ihren Anspruch an die Krankenkasse auf Krankenpflege, d. h. auf ärztliche Hilfe und die von den Ärzten verschriebenen Heilmittel. Ebensowenig aber können sie während der Krankheit von ihrer geringen Rente Arzt und Apotheker bezahlen. Die Folge hiervon ist, daß sie während einer Krankheit den Armenarzt und auch sonst noch die Armenpflege in Anspruch nehmen müssen.

Die Sozialdemokraten beantragten daher, daß denjenigen Rentempfängern, die keinen Anspruch auf Krankenpflege an eine Krankenkasse haben, die Krankenpflege von der Invalidenversicherung gewährt werden muß. Gegen die Berechtigung dieses Antrags konnten weder die Vertreter der Regierung noch die bürgerlichen Parteien eine Einwendung machen. Sie wiederholten aber das alte Lied, daß durch eine derartige Aufwendung die Kosten der Versicherung bedeutend vergrößert werden würden und daß das deutsche Reich eine solche Last ganz unmöglich tragen könnte. Diese Begründung schlug bei den bürgerlichen Parteien durch. Selbst das Zentrum stimmte in den Jammerruf über die hohen Kosten der Versicherung ein und so kam es, daß auch dieser Antrag der Sozialdemokraten gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Polen abgelehnt wurde.

Eine weitere Erhöhung der Leistungen beantragten die Sozialdemokraten bei der Festsatzung der Renten für die Hinterbliebenen, also für die Witwen und Waisen der verstorbenen Arbeiter. Bekanntlich sind diese Bezüge noch weit geringer als die Renten, die den Hinterbliebenen der Arbeiter auf Grund der Unfallversicherung zustehen. Sie betragen durchschnittlich für die ganz arbeitsunfähigen Arbeiterwitwen 30 bis 40 Pfennig, und für die Waisen unter 15 Jahren ca. 15 Pf. pro Tag und Kopf. Dagegen haben diejenigen Witwen und Waisen, deren Ernährer durch einen Betriebsunfall den Tod erlitten hat, Anspruch auf eine Rente von je 20 Proz. des Jahresarbeitsverdienstes des Verstorbenen, zusammen bis zu 60 Proz. des Arbeitsverdienstes. Die Sozialdemokraten vertreten die Ansicht, daß es ganz unberechtigt sei, diejenigen Witwen und Waisen, deren Ernährer nicht durch einen Betriebsunfall dahingerafft worden sind, noch schlechter zu stellen als die Witwen und Waisen, die ihre Entschädigung von der Unfallversicherung bekommen. In beiden Fällen ist den Arbeiterfamilien der Ernährer entzogen worden. Und oft genug ist auch der Arbeiter, der einer gewöhnlichen Krankheit und nicht einem Betriebsunfall erlegen ist, bereits durch seine Arbeit so aufgerieben gewesen, daß der Tod die Folge dieser Schwäche war und demgemäß zu einem guten Teile auf die Ausbeutung durch die heutige Erwerbsarbeit zurückgeführt werden muß. Daher forderten die Sozialdemokraten, daß auch bei der Hinterbliebenenversicherung die Renten für die Witwen und Waisen genau so bemessen werden sollen wie die Unfallversicherung, daß also jedem der Hinterbliebenen eine Rente von 20 Proz. des Jahresarbeitsverdienstes des Verstorbenen, zusammen aber höchstens 60 Proz. des Jahresarbeitsverdienstes ausbezahlt wird. Auch dann ist ja die Rente noch sehr gering, jedoch wäre sie bedeutend höher gekommen als nach der Regierungsvorlage. Ueberdies beantragten die Sozialdemokraten, daß die Witwenrente wie bei der Unfallversicherung allen Witwen gewährt werden soll, während die Vorlage der Regierung die Witwenrente der Hinterbliebenenversicherung nur denjenigen Witwen zugestehen wollte, die bereits invalide im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes, also so gut wie ganz arbeitsunfähig sind. Die Regierungsvertreter glaubten ein ganz besonders durchschlagendes Argument gegen diese Forderungen vorbringen zu können, indem sie ausrechneten, wie viel hundert von Mill. Mark nötig seien, um all die Forderungen der Sozialdemokraten auf diesem Gebiete zu erfüllen. Das Ergebnis war, daß die Beiträge für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung durchschnittlich auf 60 Pf. erhöht werden müssen, während sie nach dem Regierungsentwurf 28 Pf. betragen. Auch diese Ausrechnung machte auf die bürgerlichen Parteien einen sehr großen Eindruck. Die Herren betrachteten es offenbar für ganz ausgeschlossen, daß derartige „große Ausgaben“ für die Arbeiter jemals gemacht werden könnten. Die Sozialdemokraten dagegen erklärten, daß unter allen Umständen diese Ausgaben geleistet werden müßten, um die Witwen und Waisen der Arbeiter gegen die schlimmste Not sicher zu stellen. Die Sätze, welche die Regierungsvorlage vorschlägt, seien so gering,

daß davon unmöglich eine Arbeiterfamilie existieren könne. Ja sie seien aus diesem Grunde geradezu als eine Verhöhnung der Arbeiter aufgefaßt worden. Und die Parteien, die für Militarismus, Marinismus und Kolonialpolitik jedes Jahr viele hunderte von Millionen Mark bewilligen und die dem arbeitenden Volke durch den Zollwucher geradezu riesige Lasten auferlegen, hätten keinen Grund, die Beiträge von 60 Pf. pro Woche für jeden Arbeiter als unerschwinglich hinzustellen, wenn es sich um einen wirklichen Fortschritt für die Arbeiterschaft handelt. Aber auch hier war das Ende vom Lied, daß die Anträge der Sozialdemokraten gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Polen abgelehnt wurden.

Leider begnügten sich die bürgerlichen Parteien nicht damit, die notwendigen Verbesserungen abzulehnen, sondern sie haben sogar die Leistungen der Invalidenversicherung in einem wesentlichen Punkte verschlechtert. Bekanntlich gewähren die Versicherungsanstalten der Invalidenversicherung an solche Personen, die durch ein Heilverfahren entweder vor der Invalidität bewahrt werden oder ihre Arbeitskraft wiedererlangen können, die Mittel zum Besuche von Bädern, Heil- und Erholungsanstalten. Dies ist schon vielen Arbeitern zugute gekommen, die an der Lungenschwindsucht, an Rheumatismus, Herzkrankheit usw. leiden. Allerdings leisten nicht alle Versicherungsanstalten gleich viel in dieser Beziehung. Diese Leistung ist den Versicherungsanstalten nur als ein Recht, aber nicht als eine Verpflichtung auferlegt. Die Folge davon ist, daß einzelne Versicherungsanstalten nur einen kleinen Bruchteil ihrer Einnahmen für diese Zwecke verwenden, andere dagegen einen erheblichen, bis zu 30 Proz. Die Konservativen beantragten nun, daß die Bewilligung für diese Zwecke, soweit sie 7 Proz. der gesamten Einnahmen an Beiträgen überschreiten, vom Reichsversicherungsamt genehmigt werden müssen. Die Sozialdemokraten wiesen den großen Nutzen nach, den gerade diese Ausgaben für die Arbeiter haben. Selbst der Abgeordnete Dr. Mugdan bestätigte, daß in weiten Kreisen der Bevölkerung gerade diese Leistungen als die wichtigsten und wertvollsten der Hinterbliebenenversicherung geschätzt werden. Von diesem Gesichtspunkt aus wandten sich die Sozialdemokraten mit aller Entschiedenheit dagegen, daß den Versicherungsanstalten die Hände gebunden werden für den weiteren Ausbau dieser Leistungen. Die Regierungen traten für den konservativen Antrag, der fraglos bestellte Arbeit war, deshalb ein, weil es notwendig sei, den überlebenden Luxus einzelner Versicherungsanstalten auf diesem Gebiete zu verhindern, da dadurch die finanzielle Sicherheit der Versicherungsanstalten untergraben würde. Bezeichnend war es, daß sie sich gegen einen Antrag des Abgeordneten Dr. Mugdan erklärten, nach dem das Reichsversicherungsamt nur dann die höheren Ausgaben für Heilzwecke beanstanden darf, wenn dadurch die finanzielle Sicherheit der Versicherungsanstalt gefährdet wird. Die bürgerlichen Parteien beriefen sich wieder bei dieser Gelegenheit auf ihr gutes Herz und stellten es so hin, als ob sie einzig und allein aus Sorge für die finanzielle Sicherheit der Versicherungsanstalten dem konservativen Antrag zustimmen wollten. Aber auch sie stimmten gegen den Antrag des Abgeordneten Mugdan, so daß dieser abgelehnt wurde. Die Nationalliberalen hatten den Antrag eingebracht, daß das Reichsversicherungsamt bei der Prüfung der Ausgaben für Heilzwecke die Leistungsfähigkeit der einzelnen Berufsgenossenschaften berücksichtigen soll. Die Regierungsvertreter hoben hervor, daß der Antrag keine praktische Bedeutung haben würde. Darauf erhob sich der Zentrumsabgeordnete Fleischer und erklärte, gerade deshalb, weil der Antrag keine praktische Bedeutung habe, weil er unschuldig sei, müßte der Antrag angenommen werden. Den anderen Zentrumsabgeordneten und selbst den Antragstellern war diese Offenheit sehr unangenehm. Sie versicherten, daß sie dem Antrag eine größere Bedeutung beilegen. Mit diesem Zusatz wurde dann auch der konservative Antrag angenommen. c. b.

Adressen-Aenderungen.

2. Nachtrag zum Adressen-Verzeichnis der Auskunfts-erteiler (siehe Graph. Presse Nr. 40 und 43.)

Aachen: K. Möhring, Robenstr. 26.
Bunzlau i. Schl.: Max Büber, Rotlacherstr. 11.
Dortmund: Willy Stuckel, Lessingstr. 55 II.
Frankfurt a. Main: Adam Kniedel, Gionauerstrasse 31 III.
Freiburg i. Bad.: M. Wilhelm, de Weerthstrasse 2 I IV.
Göppingen i. Würtbg.: St. Zagola, Poststr. 51.
Jena: Ernst Baumann, Jena-Ost, Fuchsturmweg 4.
Lübeck: Emil Hacker, Olandorgstr. 42.

Rußland:

Riga: Arthur E. Pruwly, Riga, W. 16, Elisabethstrasse 101, Hof links.



Allgemeines.

Teil für die
gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Frankfurter Lockrufe.

III.

Das soziale Wirken des Verbandes und des Unterstützungsvereins.

Neben seiner tatkräftigen gewerkschaftlichen Arbeit für die Erhöhung der Löhne, die Verkürzung der Arbeitszeit und die Hebung der Lage der Kollegenschaft überhaupt, die überaus erfolgreich ist, trotzdem sich ihr der Unterstützungsverein schon durch seine bloße Existenz hindernd entgegenstellt, hat unser Verband auch ausgedehnte Unterstützungseinrichtungen in sich aufgenommen, durch die er seine vornehmste und für die gesamte Kollegenschaft bedeutungsvollste Aufgabe energisch zu fördern sucht, durch die er aber auch von sozialen, humanitären und kollegialen Gesichtspunkten aus in hohem Maße segensreich wirkt. Von der Vielseitigkeit seiner unterstützenden Tätigkeit gibt schon die bloße Aufzählung seiner Unterstützungsarten einen Begriff. Neben der Unterstützung an Streikende, Ausgesperrte und Gemaßregelte und der Gewährung von Rechtsschutz zählt der Verband bei Ortswechsel Reise- und Umzugsunterstützung, unterstützt er die Mitglieder in den Zeiten der Arbeitslosigkeit und bei militärischen Nachübungen, gewährt er Kranken-, Invaliden-, Witwen- und Sterbefallunterstützung, greifen endlich die örtlichen Mitgliedschaften den Kollegen auch bei sonstigen außerordentlichen und im Statut nicht vorgesehenen Notfällen helfend unter die Arme. Durch diese umfassenden Unterstützungseinrichtungen ist der Verband seinen Mitgliedern in jeder Notlage eine feste und zuverlässige Stütze geworden.

Wie ärmlich ist es dagegen um die Unterstützungseinrichtungen im Frankfurter Unterstützungsverein bestellt, der nur Kranken- und Sterbegeld gewährt und die Gewährung von Invaliden- und Witwenrente im Statut vorgesehen hat. Er kann nicht einmal in besonderen schweren Notfällen aus lokalen Mitteln ein paar Mark Unterstützung, die im Statut nicht vorgesehen ist, gewähren, weil dazu, wie auf der Leipziger Generalversammlung des Unterstützungsvereins von verschiedenen Rednern offen zugegeben wurde, die Opferfreudigkeit der Mitglieder nicht ausreicht. Die alten Unterstützungsbrüder halten es eben mit dem Sprichwort: »Nehmen ist seliger als geben.«

Von diesem Standpunkt aus lassen sie sich auch die Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch den Verband, die ja nicht nur dessen Mitgliedern, sondern der gesamten Gehilfenschaft zugute kommen, ganz gern gefallen; aber diese Verbesserungen selbst mit erringen zu helfen, dafür sind sie nicht zu haben. Das könnte ihnen ja Geld kosten und die Sympathien des Unternehmertums verschmerzen. Lieber suchen sie also im Trüben zu fischen und dort zu ernten, wo sie nicht gesät haben. Um ein Uebrigtes zu tun und sich die Sympathien des Unternehmertums zu erhalten, hetzen und wühlen sie dann noch mit allen Mitteln gegen den Verband. Durch diese verächtliche Handlungsweise schaffen sie sich ihre »gesicherte und gehobene Position«.

Daß wir in Nr. 31 der »Gr. Pr.« auf diese »gehobene« Stellung der Mehrzahl der Unterstützungsvereinsmitglieder hingewiesen haben, wird uns in dem Flugblatt ebenfalls angekreidet; man sucht diesen Hinweis in Gegensatz zu bringen zu früheren Äußerungen der »Gr. Pr.«, die zum Ausdruck brachten, daß sich die Gelben ebensowenig in gesicherter Stellung befinden wie andere Arbeiter, sondern daß sie genau so wie letztere der Willkür der Unternehmer preisgegeben sind. Tatsächlich ergibt sich aus beiden Äußerungen nur ein scheinbarer Widerspruch. Das Unternehmertum schafft seinen getreuen Fridolinen nur solange eine »gesicherte und gehobene Position«, solange

es ihm selbst zum Vorteil gereicht. Erwachsen ihm keine Vorteile mehr daraus, dann ist es auch mit der gehobenen und gesicherten Stellung seiner Leibgardisten zu Ende und sie erhalten ihren wohlgezielten Fußtritt nach dem Grundsatz: »Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen!« So wurden erst kürzlich in einer Berliner Kunstanstalt nicht nur organisierte Kollegen, sondern auch eine Reihe gelber Unterstützungsvereiner wegen Arbeitsmangel entlassen, während in einigen anderen Berliner Anstalten, in denen die Gelben dominieren, die Leistung von Ueberstunden ohne Aufschlag verlangt und die Bezahlung der Feiertage eingestellt worden ist; ja Ohrfeigen sind den gelben Unternehmersöldlingen schon angeboten worden. So behandelt das Unternehmertum seine getreuen Schildknappen, wenn es ihrer Hilfe entraten zu können oder wenn es ihrer vollständig sicher zu sein glaubt. Und die tapferen Manneseelen lassen sich diese Behandlung ruhig gefallen, um ihre »gesicherte und gehobene Position« nicht zu gefährden oder um sich dort, wo sie schon verloren ging, durch Schleimerei und Liebedienerei bald wieder eine ähnliche »gehobene Lebensstellung« erbetteln zu können.

Denn wenn sie ihren Fußtritt von ihrem lieben Freunde, dem Unternehmer, weghaben, stehen sie blank und ohne Unterstützung da. Dem weiteren Ausbau des Unterstützungswesens im Frankfurter Verein steht ebenfalls der Egoismus, die nackte auf den Augenblick bedachte Selbstsucht der alten Unterstützungsbrüder entgegen. Sie meinen ja eben infolge ihrer Verbandsgegnerschaft in ihren Stellungen so sicher zu sein, daß sie z. B. Reise- oder Arbeitslosenunterstützungen für sich selbst niemals nötig zu haben glauben. Warum also den Beitrag erhöhen, um die Einführung weiterer Unterstützungseinrichtungen möglich zu machen? Das geht doch an den eigenen Geldbeutel! Man möchte zwar die jungen Kollegen gewinnen, um die eigenen Ansprüche an den Verein, speziell an seine Invaliden- und Witwenkasse, sicher gestellt zu erhalten; aber um auch den jungen Kollegen, die man anzulocken versucht, durch einen höheren Beitrag einige Vorteile zukommen zu lassen, dazu reicht die Opferwilligkeit der selbstsüchtigen Inhaber »gehobener Lebensstellungen« nicht aus. Allerdings würde ihr Verein durch die mit derartigen Neueinrichtungen verbundene Beitragserhöhung auch die Rolle des billigen Jakob bald ausgespielt haben und für das saft- und kraftlose antigewerkschaftliche gelbe Gebilde ließen sich für die Folge auch die rückständigsten Unorganisierten, bei denen man sich jetzt noch einigen Erfolg mit den Werbemaßnahmen zu versprechen scheint, nicht mehr ködern.

Kann man also in bezug auf die Mannigfaltigkeit des Unterstützungswesens und damit auf den Umfang des sozialen Wirkens unserem Verbands ganz und gar nicht das Wasser reichen, so sucht man es wenigstens so darzustellen, als sei der Unterstützungsverein unserer Organisation in bezug auf die Unterstützungszweige, die beiden gemeinsam sind, bei weitem überlegen.

So wird in dem Flugblatt behauptet, daß »die Krankenkasse des D. S. B. (damit ist unser Verband gemeint) trotz der hohen Mitgliederzahl gänzlich versagt hat.« So begreiflich diese Behauptung vom Standpunkt der gelben Manneseelen, die den Zweck ihrer Kasse nicht in der umfassenden sozialen Wirksamkeit, sondern nur in der selbstsüchtigen Wahrung ihrer eigenen Ansprüche erblicken, auch sein mag, so unzutreffend ist sie. Denn unsere Organisation hat gerade in bezug auf ihre Krankenkasse ihre statutarischen Verpflichtungen bis auf auf das Tüpfelchen vom i erfüllt, trotzdem sie sich nicht wie der Frankfurter Verein gerade die bedürftigsten Kollegen, also die alten und leidenden, durch die Schranken der Altersgrenze und des ärztlichen Gesundheitsattestes vom Leibe hielt. Man stellt die zitierte Behauptung auf, trotzdem man an anderer

Stelle des Flugblatts selbst berechnet, daß unser Verband im I. Quartal 1910 pro Mitglied 3,97 Mark Krankenunterstützung verausgabte, der Unterstützungsverein aber nur 3,04 Mk., also 93 Pf. weniger. Unser Verband hat demnach pro Kopf der Mitglieder fast ein Drittel mehr Krankengeld ausgezahlt, d. h. also auch um soviel sozial segensreicher gewirkt, wie der Unterstützungsverein. Ueberschüsse konnte er allerdings dabei nicht machen; das würde aber auch dem Unterstützungsverein nicht möglich gewesen sein, wenn er in derselben umfangreichen Weise den kranken Kollegen helfend zur Seite gestanden hätte wie unsere Organisation.

Mit der Invalidenkasse liegen die Dinge ebenso. Während der Frankfurter Verein nur darauf bedacht ist, recht viel Gelder zusammenzuscharren, um die bald fällig werdenden Ansprüche seiner alten Herren mit ihrer fünfjährigen Karenzzeit erfüllen zu können, entfaltet unsere Organisation bereits eine ausgedehnte unterstützende Tätigkeit. Aus dem Umstande, daß der Unterstützungsverein noch keinen Pfennig Invaliden- oder Witwenrente auszahlt, erklärt es sich, daß er in dieser Kasse bis zum Schluß des I. Quartals 1910 pro Mitglied ein Vermögen von 41,81 Mk. ansammeln konnte, während unser Verband es nur auf 22,13 Mk. brachte, wie er triumphierend verkündet. Das Blatt wird sich aber bald wenden, sobald die fünfjährigen Karenzzeiten der alten Unterstützungsbrüder erfüllt sind und mit der Auszahlung der Renten erst einmal angefangen werden muß. Dann wird dieser Bestand bald zusammenschmelzen, denn die Ergänzung aus den Beiträgen der jüngeren Mitglieder, durch die die Invalidenkasse unseres Verbandes ein festes Fundament erhält, geht ihm ja im wesentlichen ab.

Allerdings wird auch in dem Flugblatt die Wichtigkeit des jungen Nachwuchses für die Existenzmöglichkeit dieses Kassenzweiges angezweifelt. Man schreibt: »Ja, wenn es nur auf den jungen Nachwuchs ankäme, müßte nach den Berichten der Gr. Pr. der Senefelderbund glänzend dastehen, und wir können es nicht begreifen, daß man auf der Generalversammlung in Hamburg zu solch einschneidenden Maßnahmen greifen mußte, um die Invalidenkasse zu sanieren.« Diese Maßnahmen wurden durchgeführt, weil unsere Kasse nicht wie der Unterstützungsverein nur die Rechte der derzeitigen älteren Kollegen, deren Ansprüche an unsere Organisation sämtlich aus der Uebernahme der im alten Senefelderbund erworbenen Rechte durch den Verband resultieren, befriedigen, sondern auch dem jungen Nachwuchs in späteren Jahren die Rechte sichern soll, deren Nutznießung letzterer jetzt den älteren Kollegen gewährleisten hilft. Daß die Hamburger Generalversammlung diese Aufgaben vollständig erfüllt und die Kassen auf eine durchaus sichere Grundlage gestellt hat, haben wir in dem Artikel »Die Sanierung unserer Kassen« in Nr. 36 der »Gr. Pr.« auf Grund zuverlässiger Berechnungen eingehend nachgewiesen, so daß wir uns heute darauf beschränken können, auf diesen Artikel zu verweisen. Die Kollegenschaft hat bis auf wenige Ausnahmen die Notwendigkeit der in Hamburg geleisteten Arbeit auch vollständig anerkannt und gebilligt, da sie erkannt hat, daß dadurch tatsächlich alle Ansprüche an unsere Kassen auch für die Zukunft vollständig sicher gestellt worden sind.

Wenn die alten Unterstützungsbrüder im Frankfurter Verein der Zukunft ebenso zuversichtlich entgegensehen könnten, brauchten sie jetzt nicht zur Gewinnung junger Mitglieder ihre rührseligen Lockrufe in die Welt hinauszulassen. Aber sie sehen eben ein, daß ihnen das schönste Kopfvermögen nicht viel nützen kann, sobald ihre fünfjährigen Sonderrechte reif werden, wenn ihnen der junge Nachwuchs fehlt. Die Kollegenschaft durchschaut diese durch das Rühren der Reklametrommel verfolgten Absichten. Daher läßt sie sich nicht für die selbstsüchtigen Sonderwünsche der Frankfurter Gimpelfänger mißbrauchen, sondern

nicht wieder in irgend einem anderen Gewerbezweige, und mit der Lage der Photographengehilfen möchte jedenfalls kein gelernter Arbeiter einer anderen Branche tauschen. Darum, Kollegen, arbeitet an unserm Lebenswerk, an unserer guten Sache, an unserer Organisation und beweist dadurch, daß ihr endlich anfangen wollt, die Verhältnisse in unserm Beruf soweit als irgend möglich mit fester Hand selbst zu regeln.

Im Januar 1911 findet die Generalversammlung unserer Berliner Filiale statt, in der auch die Neuwahl der Verwaltung auf der Tagesordnung steht. Möchte diese eine regere Beteiligung finden wie die verfllossene Ortskrankenkassenwahl, damit eine Verwaltung aus ihr hervorgeht, die, gestützt auf das Vertrauen der großen Mehrheit der Mitglieder, unsrer Sache tatkräftig zu dienen, die Kollegenschaft vorwärts zu führen und dadurch an einer Gesundung unseres Berufs mitzuhelfen vermag.

A. Sadina.

Die Tapetenbranche.

Arbeitsnachweisleiter: C. Schubart, Berlin N. 20, Badstraße 26.

Ein neuer Zankapfel.

Arbeitsordnung heißt das Produkt, das jetzt in einem großen Teil der Formstechereien aushängt

und in den Kreisen der Kollegen nicht geringes Kopfschütteln und großen Mißmut ausgelöst hat. Eine Arbeitsordnung wie sie nicht sein soll. Daß eine Vertretung der Gehilfen bei der Ausarbeitung nicht zugegen war, sieht man ja erstens an dem Fehlen von Unterschriften und zweitens an dem Monstrum selbst. Hoffentlich hat unsere Zentralleitung Schritte getan, um die Herren Unternehmer von der Reformbedürftigkeit dieser »Arbeitsordnung« zu überzeugen.

Vor allem sind es zwei Punkte, die den Kollegen ganz und gar nicht gefallen, schon in Rücksicht auf ihr Ehrgefühl als freie Arbeiter. Sind wir denn schon soweit, daß sich der Kapitalismus ohne weiteres erlauben darf, den Arbeitern einen Maulkorb umzuhängen? Hat uns denn die Natur den Mund nur zum Zuhalten gegeben? Ganz gewiß nicht. Als freie Arbeiter haben wir das Recht, uns frei zu fühlen und zu bewegen, selbst bei der Arbeit. Was bezahlen uns denn die Unternehmer? Nur die Arbeit. Nichts weiter. Die Person des Arbeiters selbst bleibt bei diesem Handel völlig ausgeschlossen. Selbst das Gewerbegericht Dresden hat in einem Falle das Verbot des Unterhaltens während der Arbeit als gegen die guten Sitten verstoßend erklärt. Aber auch ohne diesen Gerichtsbeschuß ist es für jeden aufrechten Kollegen klar, daß das, womit uns die Unternehmer beglücken wollen, gelinde gesagt, eine Dreistigkeit ist. Gewiß, es kann zugegeben werden, daß Übertreibungen vorkommen. Diese abzuschaffen, wird den Unter-

nehmern nicht verübelt werden. Nur müssen sie Mittel anwenden, die nicht auch für die Unbeteiligten eine Härte bedeuten. Sind es nicht die Unternehmer, die verlangen, daß ihre Person respektiert werde? Nun, etwas anderes verlangen die Gehilfen auch nicht.

Der weitere Punkt betrifft die Lohnzahlung nach dem Feierabend. Wer verheiratet ist, wird verstehen, daß ich dazu auch einiges äußere. Wie viele Frauen warten nicht schon mit Ungeduld auf das kärgliche Wochengeld, um ihre Einkäufe zu machen. Für sie ist es nicht gleichgültig, ob sie das Geld eine Stunde früher oder später erhalten. Es handelt sich eben nicht um die Frauen von Unternehmern, die jederzeit ihr Geld bekommen können. Für große Betriebe ist es demnach nicht angebracht, diesen Lohnzahlungsmodus einzuführen. Gar bald wird es zu Reibungen kommen. Für kleine Betriebe ist es nicht von Belang, wenn mit der Auszahlung eine Viertelstunde früher begonnen wird. Für die Kollegen ist es aber von großem Vorteil, wenn sie die Arbeitsstätte pünktlich verlassen können.

Eins noch soll den Herren Unternehmern nicht verschwiegen werden. Sollten sie vielleicht der Meinung sein, daß die Gehilfen in Rücksicht auf die Hannoverschen Vereinbarungen diese Arbeitsordnung stillschweigend hinzunehmen, so würden sie bald eines besseren belehrt werden. — n. j.

Stellenangebote

Suche einen

Teilhaber

(Steindrucker)

mit genügend Mitteln um Steindruckmaschine mitzubringen. Arbeit reichlich vorhanden. Preise günstig. Einzige Steindruckerei in der Stadt. Klima sehr gut. [4,20]

Lithographie et Imprimerie
Th. C. Spilker, Port-au-Prince, Haiti, W. I.

Ia. Retuscheur

für feinste amer. Retusche in dauernde Stellung gesucht. Geil. Angebote mit Gehaltsanspr. u. Zeugnisabschr. erbeten.
E. Schreiber, G. m. b. H., [2,40] Graph. Kunstanstalt, Stuttgart.

Wir suchen zum sofortigen Antritt einen tüchtigen

Reproduktions-Photographen

für Auto-Aufnahmen. Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen zu richten an
J. G. Huch & Co., G. m. b. H., [2,70] Braunschweig.

Wir suchen noch einige tüchtige Positiv-Retuscheure

für Maschinen-Retusche in angenehme dauernde Stellung. Offerte mit Angabe der bisherigen Tätigkeit und Gehaltsansprüche an [3,-] **Brend'amour, Simhart & Co. Düsseldorf-Oberkassel.**

Einen tüchtigen Drucker

für Strich u. Auto, der gleichzeitig im Schropfen, Nachschneiden u. Umschneiden von freistehenden Autotypie-Klischees bewandert ist, sucht für dauernd
Aug. Krämer, Stuttgart. [2,40]

Chiffre-Inserate

finden auch unter der Rubrik Stellenangeb. im Arbeitsmarkt keine Aufnahme mehr
Die Expedition.

Verschiedenes

Karl Rettig's Zinkdruck-Ätze

[—,90] ermöglicht ein tadelloses Drucken von Zink : :
Berlin S. W. 29, Solms-Straße 30.

Kunstblätter in ff. Chromo, 15-24 Farben.

Heliogravüren

nach ersten Meistern, staunend billig. **Malvorlagen, Blumen, Jagdstücke, Landschaften** empfiehlt **Fritz Pungs, Frankfurt a. Main, Süd, Bilderhandlung en gros.** Dannckerstr. 20. Illust. Kataloge gegen Einsendung von 30 Pfg. Porto; wird b. Bestellung vergütet. **Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.**

Feuchte Umdruck-Papiere

„Zelluloid“ und „Neues Grafeuch“, nicht quetschend, für Stein, Metallplatten und Raster, empfiehlt in Schutzpatent **D. R. G. M. 2889677-7** **Carl Mohwinkel, Hannover,** Lithographiesteine und Artikel für die Druckindustrie.

Kleine Druckerei-Einrichtungen

fachmänn. zusammengest., billig.
Alexander Grube, Leipzig 4, Talstraße.

Fachliteratur.

Der praktische Umdrucker. Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamtgebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf.
Alois Senefelder und die Erfindung der Lithographie. Von Fritz Hansen. Preis inkl. Porto 50 Pf.
Der Aluminiumdruck (Algraphie). Von K. Weiland. Preis inkl. Porto 85 Pf.
Zu beziehen durch
Conr. Müller, Schkeuditz.

Verbandsnachrichten

Kollegen, welche den Aufenthalt oder die Adresse des **Steindruckers Karl Schleicher** wissen, werden ersucht, selbige der Verwaltung der Zahnstube Weimar mitzuteilen. I. A.: **Oskar Heerling, Untergraben 9/11.**

Achtung! Achtung!

Koblenz a. Rh.
Kassierer und Unterstützungszahler ist jetzt Kollege
Kurt Binner, Höhr (Nassau), Kirchberg Nr. 14.

ROCKE'S HERMINOL übertrifft alle TROCKENMITTEL

Generalvertrieb durch **HAASE & KAISER, Leipzig**

Totenliste.

- † Am 18. Oktober in Jena **Adolf Müller**, Lithogr. aus Jena, 39 Jahre alt, freiwillig aus dem Leben geschieden durch Erhängen. — Eingetret in Crefeld am 28. April 1895.
- † Am 21. Oktober in Leipzig **Konrad Lohse**, Zeichner aus Dresden, 35 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 26 Wochen 3 Tage. — Eingetret in Stuttgart am 23. September 1900.
- † Am 28. Oktober in Berlin **Emil Herrmann**, Steindrucker aus Stettin, 44 Jahre alt, an Nervenleiden, krank 52 Wochen. — Eingetret in Berlin am 1. Mai 1891.
- † Am 3. November in Leipzig **Franz Fühber**, Steindr. aus Düsseldorf, 54 Jahre alt, an Gehirnhautentzündung, krank 17 Wochen 4 Tage. — Eingetret in Leipzig am 1. Januar 1893.
- † Am 8. November in Dresden **Anton Peter**, Steindr. aus Dresden, 65 Jahre alt, an Darmleiden, krank 38 Wochen 1 Tag. — Eingetret in Dresden am 12. März 1895.
- † Am 9. November in München **Max Leigh**, Strd. aus München, 50 Jahre alt, an Lungenschwindsucht, krank 38 Wochen 3 Tage. — Eingetret in München am 3. Juli 1897.
- † Am 12. November in Coswig i. S. **Paul Merker**, Formstecher aus Wurzen i. S., 48 Jahre alt, an Lungenentzündung, krank 2 Wochen. — Eingetret in Coswig i. S. am 3. Januar 1909; vorher Mitglied im Formstecher-Verband seit 1. November 1900.
- † Am 17. November in München **Paul Mayr**, Hilfsarbeiter aus Langenmoosen, 64 Jahre alt, an Herz- und Leberleiden, Invalide seit 20. Juni 1909. — Eingetret in München am 1. Januar 1893.

- † Am 18. November in Berlin **Paul Wollenschläger**, Lithogr. aus Berlin, 24 Jahre alt, an Lungenschwindsucht, krank 52 Wochen. — Eingetret in Berlin am 27. August 1905.
- † Am 21. November in München **Henry Wiedemann**, Lithogr. aus Hamburg, 24 Jahre alt, an Lungenschwindsucht, krank 16 Wochen 4 Tage. — Eingetret in München am 4. August 1907.
- † Am 24. November in Jena **August Große**, Steindr. aus Arnstadt i. Th., 41 Jahre alt, an Herzleiden, krank 47 Wochen 4 Tage. — Eingetret in Jena am 21. Januar 1906.
- † Am 27. November in Berlin **Emil Schönian**, Steindrucker aus Berlin, 61 Jahre alt, an Magenkrebs und Herzlähmung, Invalide seit 27. Juli 1905. — Eingetret in Berlin am 1. Januar 1893.
- † Am 28. November in Höxter **Wilhelm Lahn**, Steindrucker aus Brandenburg a. H., 28 Jahre alt, an Gehirnrämpfen, krank 1 Woche 1 Tag. — Eingetret in Aachen am 26. März 1905.

Ehre ihrem Andenken!

Der Hauptvorstand.

Zur gefl. Beachtung! Wir bitten sämtliche Ortsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Beifügung des Mitgliedsbuches und der Sterbe-Urkunde stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleich deren Personalien, (Rufvornamen, Geburtstag und Jahr) mitteilen.
Der Hauptvorstand.